

statement

**BGA-Pressekonferenz Außenhandel
am 11. September 2025**

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: 11. September 2025, 10:30 Uhr

Außenhandel am Limit – Warum die Politik jetzt handeln muss

Meine Damen und Herren,

die Exportnation Deutschland steht unter massivem Druck. Wir leiden unter nachlassender Nachfrage, steigenden Standortkosten und wachsendem Protektionismus. Zusätzlich machen uns die Zölle und ein starker Wettbewerb aus Drittstaaten zu schaffen.

Drei Jahre nach Corona stehen wir vor einer stark veränderten Weltwirtschaft. Der Ukrainekrieg ist noch in vollem Gange, und der Nahe Osten bleibt ein Unruheherd. Statt in Richtung Europa und die USA bemühen sich viele Staaten zunehmend um andere Bündnisse. Brasilien, Indien, Russland und China verändern die außenwirtschaftliche Ordnung. Beschleunigt werden all diese Entwicklungen durch den amerikanischen Präsidenten, der mit seinen Zöllen und seinem erratischen Verhalten acht Jahrzehnte der Nachkriegsordnung zu ihrem Ende gebracht hat. Wo bleibt Deutschland, wo bleibt Europa in dieser Situation?

Meine Damen und Herren,

der deutsche Außenhandel bleibt auch nach dem ersten Halbjahr 2025 in der Krise. Die Exporte sind minimal um 0,1 Prozent gesunken – gleichzeitig sind die Importe um 4,4 Prozent gestiegen. Über Jahre wurde Deutschland immer vorgeworfen, dass der Außenhandelsüberschuss zu hoch ist. Das hat sich stark verändert, wie das aktuelle Ergebnis zeigt: Dieser Überschuss sank im 1. Halbjahr auf 104 Milliarden Euro, ein Rückgang von über 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für Deutschland ist das keine gute Nachricht.

Grafik 1: Entwicklung im Außenhandel

Das Exportgeschäft sieht sich wachsenden Belastungen ausgesetzt. Zwar sorgt die jüngste Zoll-Einigung zwischen der EU und den USA für etwas Klarheit, strukturell aber bleibt die Lage angespannt: handelspolitische Unsicherheiten, hoher regulatorischer Aufwand, Markteinbußen in Schlüsselbranchen und die Suche nach neuen Absatzmärkten prägen das Jahr. Ein nachhaltiger Aufschwung im deutschen Export ist aktuell nicht in Sicht – das Erreichen früherer Wachstumsraten bleibt unwahrscheinlich.

Das deutsche Importvolumen liegt aktuell deutlich über dem Vergleichszeitraum 2024. Besonders dynamisch entwickelten sich die Importe aus China, den USA und Großbritannien. Im

längerfristigen Vergleich setzen die Importe damit ihren Erholungskurs fort und erreichen fast das Niveau vor den globalen Krisenjahren. Die hohe Importdynamik spiegelt damit die aktuelle Konjunktur und die teils vorgezogenen Käufe angesichts globaler Handelsrisiken wider.

Meine Damen und Herren,

in dieser angespannten Lage haben wir Deutschlands Groß- und Außenhändler befragt. Das Ergebnis ist eindeutig: Der BGA-Klimaindikator für den Außenhandel bleibt tief im negativen Bereich mit 77,4 Punkten, wobei Werte unter 100 ein negatives Stimmungsbild wiedergeben.

Grafik 2: AH-Klimaindikator

Die leichte Aufwärtsbewegung der gezeigten Kurve erklärt sich aus einer gleichwohl moderaten Stimmungsaufhellung aufgrund der voranschreitenden Anpassungen und Diversifizierung in den Unternehmen.

Lassen Sie mich nun konkreter werden, indem wir gemeinsam auf die weiteren Ergebnisse unserer Umfrage schauen. Hier die fünf größten Herausforderungen für unsere Unternehmen:

- Viele Unternehmen kämpfen mit stagnierenden oder sinkenden Umsätzen.

Grafik 3: Situation im Außenhandel

- Die Handelskonflikte mit den USA und China sowie steigende Zölle bremsen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit massiv aus.
- Lieferkettenregeln und Exportkontrollen erzeugen enorme Zusatzkosten – Bürokratie ist zum Wachstumshemmnis geworden.
- Die größten Kostentreiber im Auslandsgeschäft sind längst nicht mehr nur Transport und Logistik, sondern zunehmend auch Regulierung und Vorschriften.
- Unsere Unternehmen reagieren mit Diversifizierung und klugen Vertragslösungen – doch sie brauchen dringend mehr Freihandelsabkommen und weniger Bürokratie.

Grafik 4: Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen

Die deutschen Exporteure kämpfen an vielen Fronten. Im Welthandel bestehen wesentliche Risiken fort, insbesondere durch den anhaltenden Trend zu Handelsbarrieren, geopolitische Unsicherheiten und eine schwächelnde Weltkonjunktur. Die Lage bleibt fragil.

Für den deutschen Außenhandel erwarten wir deshalb für 2025 ein verhaltenes Ergebnis mit einem starken Einbruch bei den Exporten von **-2,5 Prozent**. Bei den Importen rechnen wir mit einem starken Anstieg von **4,5 Prozent**.

Grafik 5: Prognose

Der deutsche Außenhandel steht am Scheideweg. Wenn wir den Abwärtstrend im Export stoppen und den rasanten Anstieg beim Import dämpfen wollen, brauchen unsere Unternehmen dringend mehr Freiraum: weniger Bürokratie, sichere Lieferketten und vor allem den Abschluss neuer Freihandelsabkommen, um Zölle und Handelshemmnisse zu überwinden.

Meine Damen und Herren,

das neue Rahmenabkommen der EU mit den USA verhindert zwar vorerst eine Eskalation des Handelskonflikts. Doch wer einen „fairen und ausgewogenen“ Deal so ausdrücklich bewerben muss, liefert damit selbst den Hinweis: Das Ergebnis ist alles andere als gut. Viele der neuen US-Zölle sind so hoch, dass Geschäfte schlichtweg unmöglich werden – für zahlreiche deutsche Exporteure bedeutet das faktisch den Verlust des US-Marktes. Denn anders als Industrieunternehmen können Händler keine Produktion verlagern.

Unsere Außenhändler blicken dementsprechend düster in die Zukunft: Fast 60 Prozent sehen sich direkt oder indirekt negativ betroffen. Dies zeigt sich übrigens auch in der Arbeitsmarktstatistik. Allein in den vergangenen zwölf Monaten (Juni 2024 bis Juni 2025) sind im Groß- und Außenhandel 43.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Lage ist also ernst.

Grafik 6: Auswirkungen der US-Politik auf Unternehmen

Ein weiteres Viertel rechnet mittelfristig mit Einbußen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen geht zudem davon aus, dass geopolitische Konflikte in den kommenden zwölf Monaten weiter zunehmen.

Grafik 7: Beurteilung der geopolitischen Konflikte

Die Botschaft ist eindeutig: Zölle als politisches Druckmittel sind dabei, zur neuen Normalität zu werden. Von verlässlicher Planungssicherheit kann keine Rede sein.

Besonders problematisch ist, dass es sich beim „Deal“ mit den USA weitgehend um eine Absichtserklärung handelt: mehr investieren, mehr kaufen – sofern der Privatsektor dies überhaupt will. Die wenigen verbindlichen Zusagen haben dagegen schwerwiegende Folgen: ein pauschaler 15-Prozent-Standardzoll auf EU-Exporte in die USA sowie die Zusage der EU, Zölle auf nahezu alle Industriegüter und zahlreiche Agrarprodukte abzuschaffen. Ob dies den EU-Gesetzgebungsprozess übersteht, ist fraglich – der Widerstand wächst. Was dann passiert, kann niemand vorhersagen.

Gleichzeitig setzen die USA die Eskalationsspirale fort: Mit der Ausweitung der 50-Prozent-Zölle auf 407 weitere Stahl- und Aluminiumderivate geraten nun nach der Autoindustrie auch Maschinen- und Anlagenbau ins Visier – Branchen, die für Deutschland von strategischer Bedeutung sind. Hinzu kommen weitere Brandherde: der Konflikt um Digitalsteuern in Europa, der das Abkommen jederzeit kippen könnte, und die geringe, aber bestehende Möglichkeit, dass der US Supreme Court die globalen Basiszölle noch kippt. Doch eines bleibt sicher: Donald Trump nutzt Zölle erratisch und gezielt als politische Waffe – und wird das auch künftig tun.

Besonders kritisch: Die EU droht mit exklusiven Zollsenkungen für die USA gegen WTO-Recht zu verstoßen. Artikel 1 GATT – die Meistbegünstigungsklausel – schreibt vor, dass Zollvorteile allen WTO-Mitgliedern gewährt werden müssen. Eine einseitige Bevorzugung der USA wäre die schwerwiegendste Aushöhlung dieses Grundsatzes seit 1950. Länder wie China, Indien oder Brasilien werden dies nicht akzeptieren und könnten die Regeln ihrerseits missachten. Damit droht eine neue Zerreißprobe für die WTO – ein fatales Signal für den regelbasierten Welthandel.

Die Unternehmen reagieren auf diese Unsicherheit mit einer grundlegenden Neuaufstellung ihrer Lieferketten. „Dual Sourcing“, also die parallele Beschaffung aus verschiedenen Ländern, wird zum neuen Standard. Schon die Erfahrungen mit der Abhängigkeit vom chinesischen Markt haben viele Unternehmen zu einer aktiven Diversifizierung gebracht. Heute fordern mehr als die Hälfte der Firmen zusätzliche politische Unterstützung, etwa durch den Abschluss neuer strategischer Handelsabkommen.

Grafik 8: Freihandelsabkommen

Dabei hätte die EU ökonomisch durchaus selbstbewusst auftreten können: Mit einem Wirtschaftsraum von 450 Millionen Einwohnern und einem BIP von rund 19 Billionen US-Dollar ist Europa ein großer, kaufkräftiger Markt. Doch sicherheitspolitisch bleibt Europa abhängig vom US-Schutzschirm – von nuklearer Abschreckung bis hin zu Aufklärung und Nachrichtendiensten. Genau diese Abhängigkeit schwächt die Verhandlungsposition Europas. Der aktuelle Konflikt macht deutlich: Handelspolitik darf nicht länger losgelöst von Sicherheitspolitik betrachtet werden.

Unsere klare Erwartung an die EU-Kommission lautet deshalb: Bei dem Verhandlungsergebnis mit den USA muss nachgebessert werden. Europa braucht Rechts- und Planungssicherheit. Unsicherheit ist für Unternehmen oft schlimmer als ein hoher Zollsatz. Wir glauben, dass die Chancen dafür nicht schlecht stehen: Auch Donald Trump ist am Ende auf florierende Märkte angewiesen, um die enorme US-Staatsverschuldung bedienen zu können.

Eine enge Partnerschaft mit China sehen hingegen nur 6,7 Prozent als Lösung – die systemische Rivalität bleibt bestehen. Daher ist Pragmatismus angesagt. China verfolgt weiter seinen Plan, die eigene Wirtschaft strategisch zu stärken. Mit der Seidenstraßeninitiative hat man seine Rohstoffversorgung verbessert, die Partnerschaft mit großen Volkswirtschaften wie Russland und Indien wächst kontinuierlich. Auch die Handelsbeziehungen nach Lateinamerika, allen voran mit Brasilien, werden immer enger. Das gilt es zu akzeptieren und, wo möglich, zu versuchen, aus einer Rivalität eine Partnerschaft zu machen. Gerade bei Innovationen, aber auch der Markterschließung im Sinne einer Drittlandskooperation bietet sich das an. Die deutsche Basis in China ist stark, die Bande sind eng. Zudem werden wir auch noch auf lange Zeit auf China angewiesen sein, insbesondere bei den Seltenen Erden. Das Motto muss lauten: nicht entweder oder, sondern sowohl als auch.

Meine Damen und Herren,

Europas wirtschaftliche Stärke hängt entscheidend von seiner Wettbewerbsfähigkeit ab. Diese machen wir uns mit der Menge an Berichtspflichten langsam aber sicher immer mehr zunichte. Hierdurch entsteht ein Bürokratieaufwand, der viel Zeit und enorme Kosten verursacht, den

67 Prozent unserer Unternehmen als hoch oder sehr hoch beziffern.

Grafik 9: Zusatzkosten durch Regulierung

Damit Wachstum und Innovation gesichert bleiben, müssen die politischen Rahmenbedingungen stimmen.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission im Rahmen des Omnibus-I-Pakets sind ein erster wichtiger Schritt – insbesondere bei CSRD und CSDDD. Doch Bürokratieabbau braucht Taten, nicht nur Ankündigungen. Jetzt gilt es, die Vorschläge zeitnah und ohne Abstriche vollständig zu verabschieden. Dafür braucht es im Rat und im Europäischen Parlament ein schnelles und schlankes Verfahren, damit die Entlastungen auch tatsächlich bei den Unternehmen ankommen.

Gleichzeitig darf nicht an der einen Stelle vorsichtig abgebaut und an anderer Stelle sofort wieder aufgerüstet werden – wie wir es aktuell bei CBAM oder der Zahlungsverzugsverordnung erleben.

Die kommenden Monate werden für unsere Exporteure besonders schwierig. Neue Zölle benachteiligen Europa im globalen Wettbewerb und treffen gerade den Mittelstand in einer ohnehin angespannten Lage hart.

Zusätzlich belasten wir uns Europäer selbst: Der Start der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) rückt näher. In 111 Tagen ist es so weit. Damit mutet die Kommission in dieser Lage den Unternehmen weitere Berichtspflichten auf.

Dass jeder Händler erneut nachprüfen und dokumentieren muss, was der Importeur längst nachgewiesen hat, ist absurd. Das schützt keine Wälder – das schützt allein die Bürokratie – mit Regulierungen, die bei den betroffenen Staaten in aller Welt übrigens unisono abgelehnt werden.

Die EUDR muss Teil der Omnibus-Initiativen werden, und diese Initiativen müssen zeitnah umgesetzt werden. Faire Lieferketten brauchen faire Regeln – keine doppelten Dokumentationspflichten ohne Mehrwert. Mindestens aber muss der Start der Anwendung verschoben werden, bis die Details geklärt und die Unternehmen ausreichend Zeit zur Umsetzung haben.

Meine Damen und Herren,

damit ist klar: Unsere Unternehmen kommen aus dieser Situation allein nicht heraus. Die deutsche Regierung und die Europäische Kommission haben es geschafft, die Wirtschaft mit immer neuen Vorgaben so zu fesseln, dass sie sich nicht mehr aus eigener Kraft befreien kann. Doch genau dieser Befreiungsschlag ist jetzt notwendig.

Wir blicken zurück auf mindestens zehn Jahre verfehlter, angebotsferner Wirtschaftspolitik, die unsere Unternehmen Schritt für Schritt geschwächt hat. Gleichzeitig hat sich die geopolitische Lage massiv verschärft: massiver Wettbewerbsdruck aus China, weltweit wachsender Protektionismus und unsichere Handelswege auf den Meeren.

Deshalb muss die Bundesregierung den deutschen Außenhandel als Kernpunkt ihrer Politik begreifen und unterstützen. Sie muss vor allem dieses nationale Interesse klar in Brüssel adressieren. Viele Staaten in der EU profitieren von einer prosperierenden deutschen Wirtschaft. Nichttarifäre Handelshemmnisse wie EUDR, CSDDD oder auch CBAM gehören deutlich abgeschwächt oder gar abgeschafft. Ohne eine entschlossene Neuorientierung drohen wir im globalen Wettbewerb endgültig den Anschluss zu verlieren.

Der Außenhandel ist und bleibt der Wachstumsmotor unserer Wirtschaft – aber nur, wenn die Politik jetzt entschlossen handelt. Es gibt ausreichend Ansatzpunkte, den stark mittelständisch geprägten Außenhandel voranzubringen. Wir brauchen jetzt ein entschlossenes Signal, sowohl aus Berlin als auch aus Brüssel. Die Politik hat hier viel selbst in der Hand. Wollen wir Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze sichern, dann müssen Politik und Wirtschaft jetzt gemeinsam handeln. Wir Unternehmer und Unternehmerinnen werden die Politik unterstützen, wo wir können. Allerdings brauchen wir, um wieder zu wachsen, mehr Freiheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!